

Zur Bewegung der „Gelbwesten“

„Es geht nicht um die Frage, ob man für oder gegen eine Umweltpolitik ist, es geht darum, wer diese Politik finanzieren soll. Der ökologische Fußabdruck der zehn reichsten Prozent der Franzosen ist viermal so groß wie jener der 50 Prozent, die zur ärmeren Hälfte des Landes gehören. Es schürt den Zorn, dass Macron bei Letzteren ansetzt, nicht bei Ersteren. [... Die Aktionen] werden von Menschen ausgeführt, die nicht nur so aussehen, als würden sie am Montag wieder Brot verkaufen oder Schüler unterrichten, sondern die das auch tatsächlich tun. [...], es sind viele Frauen unter ihnen. Und sollte es sich in Teilen um eine rassistische Bewegung handeln, dann wäre es eine rassistische Bewegung, die Menschen aller Hautfarben offensteht.“ (SZ, 3.12.18)

Ursachen

Die Empörung breiter Bevölkerungsschichten entstand nicht erst in den letzten Monaten, allerdings hat sie in der Amtszeit des „Präsidenten der Reichen“ (wie Macron von der Mehrheit der Bevölkerung inzwischen gesehen wird) noch mal einen gewaltigen Schub bekommen: Er ließ die Vermögenssteuer abschaffen, den Spitzensteuersatz senken, die Sozialabgaben für Unternehmen um 40 Mrd. € senken, das Wohngeld einfrieren usw. Vor Wochen wurde dann auch noch bekannt, dass etwa 500 Mio. € aus der vorgesehenen Erhöhung der Treibstoffsteuer zum Stopfen der Haushaltslöcher vorgesehen sind, die durch die Senkung der Reichensteuer entstehen. Mit Maßnahmen gegen den Klimawandel hat die Erhöhung der Treibstoffpreise also rein gar nichts zu tun, zumal gleichzeitig vorgesehen ist, mindestens 9000 weitere Schienenkilometer abzubauen. So wird auch weiterhin das Kerosin für den extrem klimaschädlichen Flugverkehr nicht besteuert, immer mehr Lastverkehr wird von der Schiene auf die Straße verlagert usw. Noch viel dramatischer als in Deutschland ist der Vertrauensverlust der Bevölkerung in die Politik der Herrschenden. Auch hier haben Rassist*innen einen bedeutsamen Teil des Unmuts auf ihre Mühlen lenken können. Die Bewegung „Frankreich, steh auf!“ und das Rassemblement National (vormals Front National) versuchten frühzeitig, sich an die Gelbwestenbewegung anzuhängen. Aber sie bestimmen nicht das Gesamtbild, vor allem unterstützen sie nicht den umfassenden Forderungskatalog der Demonstrant*innen, die in ihrer großen Mehrheit gerade nicht die Migrant*innen für ihre Probleme verantwortlich machen, sondern die Regierung.

In Frankreich sinkt aufgrund der rabiaten Regierungspolitik (nicht erst seit Macron) noch mehr als bei uns der Lebensstandard für große Teile der Bevölkerung (für manche sogar dramatisch). Und der seit vielen Jahren sich steigernde Hass auf „die da oben“ hat mit dem Aufruf zu Straßenblockaden mehr als ein Ventil gefunden. Hier eröffnete sich auf einmal die Gelegenheit, es denen da oben zu zeigen und Druck auszuüben. Die große Beteiligung stärkte das Selbstbewusstsein, nicht nur bei den vielen, die jetzt zum ersten Mal politisch aktiv wurden.

Ablehnung, „vertreten“ zu werden

Vor allem der vollkommene Vertrauensverlust in politische Parteien veranlasst die Aktivist*innen dieser Bewegung, keiner Organisation ein Verhandlungsmandat zu geben. Auch die Erfahrung mit der weitgehend wirkungslosen Politik der großen Gewerkschaftsverbände (vor allem der CGT und der CFDT) hat zu einer gewissen Organisationsfeindlichkeit beigetragen. Das ist verständlich, denn die Gewerkschaften haben mit ihren

Latschdemos weder die Renten Kürzungen noch sonstige Verschlechterungen verhindert (wirksame Streikbewegungen wurden von den Vorständen gar nicht erst versucht). Und zu allem Überdross führte die CGT am 1. Dezember ihre eigene, gesonderte Demo (für bessere Erwerbslosenrechte) durch. Mit der CFDT wandte man sich gegen „alle Formen von Gewalt, mit denen die Forderungen zum Ausdruck gebracht werden“, ohne aber die brutale Gewalt der Repressionskräfte anzuprangern, die z. B. die neu dazugestoßenen Schüler*innen rücksichtslos niederknüppeln.



Perspektiven?

Zum Glück hat sich eine Reihe von örtlichen Gewerkschaftsgliederungen (Toulouse, Nantes usw.) demonstrativ für die Unterstützung dieser Bewegung ausgesprochen und ist auch aktiv beteiligt. Vor allem die SUD-Gewerkschaften sind engagiert und versuchen, die Gelbwesten mit den schon existierenden Bewegungen zusammenzubringen: Pfleger*innen in den Krankenhäusern, die Beschäftigten der Bahn, die Beschäftigten der von Schließung bedrohten Betriebe (Ford usw.).

Bisher hat die Bewegung schon Beträchtliches erreicht, mehr als alle Routineaktionen der Gewerkschaften oder die Aufrufe linker Parteien (einschließlich der France insoumise von Mélenchon). Aber wenn es weitergehen soll als die Rücknahme von bestimmten Steuererhöhungen, dann muss die Bewegung ihre Selbstorganisation deutlich verbessern. Es müssen örtliche Entscheidungsstrukturen gebildet werden, kombiniert mit einem Delegiertensystem für Versammlungen auf überregionaler Ebene. Eine demokratische Strukturierung (also mit jederzeitiger Abwählbarkeit) ist die Voraussetzung, dass weder selbsternannte und medial hofierte „Führer*innen“ noch hinter den Kulissen operierende undurchsichtige Gruppen die Richtung bestimmen. Die Bewegung als Ganzes (in demokratisch funktionierenden Versammlungen) muss darüber befinden, wo es lang geht, was gefordert wird, ob und ggfs. wie verhandelt wird und dies möglichst in aller Öffentlichkeit und nicht hinter verschlossenen Türen.

Jakob Schäfer

(Forum gewerkschaftliche Gegenmacht, Wiesbaden)

Streik macht Druck!

Unerwartete Erfolge im Kampf gegen den Pflegenotstand!

Die Tariffkämpfe in der Charité und im Saarland, die wochenlangen Streiks an den Unikliniken Düsseldorf und Essen, die bundesweite verdi-Kampagne "Entlastung", zahlreiche Brandbriefe, Interviews, Demos und Aktionen und nicht zuletzt die Volksbegehren für mehr Krankenhauspersonal in Hamburg, Berlin, Bayern und Saarland haben die große Koalition zum Handeln gezwungen.

Neues Gesetz

Bundesgesundheitsminister Spahn versucht mit seinem neuen Gesetz, in dem die Personalpflegekosten aus den Fallpauschalen (DRG) herausgenommen wird, die Menschen zu beruhigen. Quasi "Die Regierung hat verstanden". Ja, dies ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Aber.....Spahns Ziel bleibt weiterhin, Personalabbau zu fördern, damit (vor allem, aber nicht nur) die privaten Krankenhaus-Konzerne wie zum Beispiel Helios-Fresenius ihre Gewinne weiterhin steigern können.

Denn konterkariert wird der Schritt, die Personalpflegekosten aus den Fallpauschalen herauszunehmen, dadurch, dass im neuen Gesetz gleichzeitig "Personaluntergrenzen" reingeschrieben wurden, die es allen Krankenhäusern, die mit ihrem Personal über 25% liegen, ermöglicht, ihr Personal eben bis zu dieser Untergrenze abzubauen. Wir stellen uns entschieden gegen diese Pflege an der Untergrenze - das hat mit einer Personalbemessung am Bedarf, nichts zu tun.

Es gilt, den Druck zu erhöhen um die Herausnahme aller Personalkosten aus den DRGs durchzusetzen, um letztlich das Fallpauschalensystem als ganzes abzuschaffen und durch eine bedarfsgerechten Finanzierung zu ersetzen.

Streiks machen Erfolge möglich!

Das dies möglich ist, zeigen vor allem die Streiks in Düsseldorf und Essen, deren Ausstrahlung bis nach Bayern bewirkte, dass im Klinikum Augsburg (zukünftig Uni-Klinik Augsburg) nur die gut vorbereitete Streikdrohung von ver.di genügte, um ein Ergebnis zu erreichen, das noch besser ist als das in Düsseldorf/Essen!! Vor allem konnte dort ein sogenanntes "Konsequenzenmanagement" durchgesetzt werden, das bei nicht Umsetzung der vereinbarten Personalaufstockung, Sanktionen gegen die Geschäftsleitung ermöglicht. Ein bemerkenswerter Erfolg, weil dies einen tiefen Eingriff in das im bürgerlichen Rechtsverständnis fast heiligen "Direktionsrecht" des Unternehmens bedeutet.

Breite Bewegung aufbauen!

Die bisherige Bewegung, die Kombination der betrieblichen (Streik)-Kämpfe mit der Bewegung der Volksbegehren, eröffnet die Möglichkeit, einer von breiten Schichten der im Krankenhaus Beschäftigten über Patient*innen bis zu Berufs- und Interessensverbänden der Gesundheitspolitik getragenen Bewegung zu entwickeln.

Schon jetzt ist das Thema bei so vielen Menschen "angekommen", dass zum Beispiel innerhalb von nur 7 Wochen in Bayern 102.000 Unterschriften für die Zulassung des Volksentscheides gesammelt werden konnten (40.000 wurden gebraucht!). Die positive Resonanz reichte bis zu vielen CSU-Wählerinnen, denn (fast) alle Menschen sind vom Pflegenotstand betroffen. Die Privilegierten, die sich in einem privatbetriebenen Firstclass-Krankenhaus dem allgemeinen Trend des Pflegenotstands entziehen, weil sie sich das eben finanziell leisten können, interessiert das natürlich nicht.

Trotz dieses Erfolgs stehen wir erst am Anfang des Kampfes gegen die Fallpauschalen (DRGs) und Privatisierungspolitik im Krankenhausbereich. Zwei bundesweite Konferenzen (in Stuttgart und Hamburg) zum Thema und zur Vernetzung der

bisher entstandenen Bündnisse gegen den Pflegenotstand befassten sich mit der recht komplizierten Materie und möglichen dezentralen und zentralen Aktionsterminen für 2019.

Fast wöchentlich entstehen derzeit bundesweit an weiteren Orten neue Bündnisse, Bürgerinitiativen oder sonstige Aktionsgruppen, die sich aktiv für mehr Personal in der Pflege einsetzen, im Kampf und Streik befindende Belegschaften unterstützen, u.a. durch Öffentlichkeitsarbeit oder Überlegungen anstellen, in ihren Bundesländern auch Volksentscheidsinitiativen ins Leben zu rufen.

Die Verfahren für Volksbegehren und Volksentscheide sind in jedem Bundesland anders, die Hürden oft hoch und die Zeiträume für Zulassung und Umsetzung lang. Um diese "Zwischenzeit" zu überbrücken, braucht es für die Bewegung gegen den Pflegenotstand, Fallpauschalen und Privatisierungspolitik gute Aktions- und Mobilisierungsperspektiven, um ein Abflauen der Bewegung zu verhindern.

Die einzige Möglichkeit, in dieser Zeit kurzfristig Aufstockungen des Pflegepersonals zu erreichen, ist die betriebliche Ebene. Da hat sich gezeigt, dass das wirkungsvollste Druckmittel der Streik in den Krankenhäusern ist.

Die politische Bedeutung der Bewegung gegen den Pflegenotstand!

Die Bewegung gegen den Pflegenotstand hat in einem doch recht erstaunlichem Umfang große Dynamik gewonnen und innerhalb weniger Jahre relativ offensive gewerkschaftliche Aktivitäten entwickelt, und dies in einem Bereich, wo bis vor wenigen Jahren kaum gewerkschaftliches Handeln möglich war.

Dieses offensive Herangehen, die Erfolge und die breite Bündnis- und Öffentlichkeitsarbeit könnte gewerkschaftspolitisch neue Perspektiven eröffnen.

Für uns sind folgende Schlussfolgerungen zu ziehen:

1. Pflegenotstand ist ein gesellschaftliches Problem, das tendenziell 90 % der Menschen mal mehr, mal weniger direkt betrifft. Es ist eine längere gesellschaftliche Auseinandersetzung zu erwarten.

2. In den Auseinandersetzungen wurde der Streik als offensive Kampfform, mit Teil-Erfolgen gekrönt, von vielen gewerkschaftlichen Funktionär*innen wieder entdeckt und schätzen gelernt.

3. Die Bewegung wächst immer noch, die Ausstrahlung auf die Belegschaften anderer Krankenhäuser nimmt zu. Wir haben allen Grund, eine langfristige Unterstützungsarbeit unterschiedlichster Art ins Auge zu fassen.

4. In dieser Bewegung lassen sich auch radikale Forderungen verankern wie z.B. die Abschaffung der Fallpauschalen, den Stopp der Privatisierungspolitik, dass Gesundheit keine Ware ist oder die Kontrolle der erkämpften Personalerhöhungen, verbunden mit entsprechenden Sanktionsmöglichkeiten, durch das Personal selber.

In dieser Bewegung ist Musik drin und sie zeigt, dass wir durch reale Kämpfe und Streiks wieder in die Offensive kommen können. Sie könnte für die deutsche Gewerkschaftsbewegung eine strategische Rolle spielen, um auch in anderen Bereichen aus der Defensive zu kommen.

Christiaan Boissevain, Münchner Gewerkschaftslinker

100 Jahre 8-Stundentag

Eine wichtige Errungenschaft der Novemberrevolution

Auch der 8-Stundentag ist eine Errungenschaft der Novemberrevolution und feiert sein 100 jähriges Jubiläum. Er wurde vom Rat der Volksbeauftragten am 12. November 1918 beschlossen. Dieser Rat war vom 10. November an die amtierende provisorische Revolutions-Regierung. Er beendete am 11. November den Ersten Weltkrieg mit einem Waffenstillstand. Gleich einen Tag später beschloss er den 8-Stundentag, was zeigt, welche Bedeutung diese langjährige Forderung der Arbeiterbewegung für ihn hatte. Zum 1. Januar 1919 wurde der 8-Stundentag eingeführt und zwar mit vollem Lohnausgleich.

Dies war ein großartiger Erfolg der Revolution, stand die Forderung doch schon viele Jahrzehnte im Fokus der Arbeiterbewegung. Die üblichen Arbeitszeiten zu Beginn der Industrialisierung lagen zwischen 12 und oft sogar 14 Stunden an 6 Wochentagen. Diese konnten im Laufe des 19. Jahrhunderts reduziert werden, aber während der Kriegsjahre 1914 bis 18 ist die Arbeitszeit wieder auf 12-13 Stunden gestiegen. Auch im Stinnes-Legien-Abkommen, das u. a. zwischen dem Rüstungsindustriellen Hugo Stinnes und dem Vorsitzenden der Gewerkschaft, Carl Legien, am 15. November 1918 beschlossen wurde, machte das Kapital Zugeständnisse wie die Einrichtung von Arbeiterausschüssen, Abschluss von Kollektivverträgen und eben auch den 8-Stundentag. Aber im Gegenzug versprach der Vorsitzende der Gewerkschaft Legien, dass die Eigentumsverhältnisse nicht angetastet und die Arbeiter- und Soldaten-Räte verschwinden würden. Eine Zusage, die der Revolution in den Rücken fiel. Denn die Arbeiterbewegung wollte anderes. Der zentrale Reichsrätekongress Mitte Dezember 1918 forderte die Sozialisierung der Schlüsselindustrien und die Kontrolle der Betriebe durch die Arbeiter. Der Preis, den der 8-Stundentag kostete, war also hoch. Aber gerade was man teuer bezahlt hat, muss man in Ehren halten und gegen alle Aufweichungstendenzen verteidigen. Wie zum Beispiel jetzt gegen den Vorstoß der baden-württembergischen CDU und von Arbeitgeberverbänden, insbesondere aus dem Hotel- und Gaststättengewerbe, die tägliche Höchstarbeitszeit auf 12 Stunden auszuweiten.

Trotz dieses Abkommens bleibt der 8-Stundentag ein großer Sieg der Revolution, ein großer Sieg im langen Kampf um eines der zentralen Elemente des Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit. Dem Kapital bleibt es ein verhasstes Symbol der Revolution.

Wilhelm Liebknecht 1885 in „Sozialdemokrat“:

„Jede Verlängerung des Arbeitstages ist ein Sieg der Kapitalisten. Jede Verkürzung des Arbeitstages ein Sieg der Arbeiter. Gerade hier, am Arbeitstage, gewissermaßen im Mutterleibe der kapitalistischen Produktion, zeigt sich am handgreiflichsten, drastischen der unversöhnbare Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit.“

In Stuttgart wurde der 7-Stundentag gefordert

In Stuttgart forderte der Arbeiterführer, Spartakist und Vorsitzende des Stuttgarter Arbeiterrats Fritz Rück auf der Kundgebung am 4. November 1918 auf dem Schlossplatz vor 40.000 Demonstranten den 7-Stundentag. Auch in der „Roten Fahne“ vom 5. November, dem Mitteilungsblatt des Stuttgarter Arbeiter- und Soldatenrats, der sich am 4. November gegründet hatte, wird die siebenstündige Arbeitszeit als Forderung des Arbeiter- und Soldatenrates benannt – eine Besonderheit von Stuttgart. Diese Besonderheit hängt sicher auch damit zusammen, dass in Stuttgart einige Großbetriebe schon kürzere Arbeitszeiten eingeführt hatten. So z.B. Bosch. Dort wurde 1894 der 9-Stundentag und 1906 der 8-Stundentag eingeführt.



Festveranstaltung in Stuttgart

Anlässlich des 100 jährigen Jubiläums des 8-Stundentags gab es am 29. November in Stuttgart eine gemeinsame Festveranstaltung von DGB, IG Metall, verdi und dem Zukunftsforum Stuttgarter Gewerkschaften. Hauptredner war der Politikwissenschaftler Frank Deppe. Die Marbacher Songgruppe hat mit ihren Liedern der Festveranstaltung einen schönen Rahmen gegeben und ein Stück Arbeiterkultur zum Leben erweckt. Im Anschluss gab es sehr rege Diskussionen bei Sekt und Häppchen bis in die späte Nacht.

4. KONFERENZ GEWERKSCHAFTLICHE ERNEUERUNG

AUS UNSEREN KÄMPFEN LERNEN

STREIKS AUSWERTEN, STRATEGIEN ENTWICKELN, POLITISCHER WERDEN.

15.-17. FEBRUAR 2019

BRAUNSCHWEIG – TECHNISCHE UNIVERSITÄT



Programm und Anmeldung unter www.rosalux.de/streikkonferenz

Tagesstreiks der IG Metall, Arbeitskämpfe in den Krankenhäusern, Nadelstichaktionen im Weihnachtsgeschäft gegen Amazon: In unseren gewerkschaftlichen Kämpfen entstehen neue Formen der Gegenwehr. Wir wollen sie auf der so genannten „Streikkonferenz“ in den Blick nehmen und auswerten. Was können wir aus ihnen lernen? Wie können wir Erfolge verallgemeinern, alte Routinen durchbrechen und unsere Durchsetzungskraft stärken? Wie reagieren wir auf eine Politik, die Beschäftigtenrechte abbaut, Tarifverträge schleift, Gewerkschaften schwächt und rassistische Spaltungen verschärft? Zusammen mit hundert Aktiven aus unterschiedlichen Gewerkschaften, mit WissenschaftlerInnen und Menschen aus der Streiksolidarität wollen wir diskutieren, wie wir mit neuen, offensiven Strategien die kommenden Auseinandersetzungen gewinnen können.

www.rosalux.de/streikkonferenz

Solidarität mit den brasilianischen Kolleginnen und Kollegen!

Gegen jede Unterstützung der rechtsextremen Bolsonaro-Regierung durch deutsche Unternehmen!

Am 28. Oktober wurde der rechtsextreme Kandidat und Ex-Militär Jair Bolsonaro in der Stichwahl in das Amt des Präsidenten von Brasilien gewählt, das er Anfang Januar 2019 antreten wird. Die Wahl selbst wurde überschattet durch den Ausschluss des bis dahin in den Umfragen führenden Kandidaten Lula da Silva, des ehemaligen Präsidenten und historischen Führers des CUT-Gewerkschaftsverbandes, deren Mitglieder maßgeblich zum Ende der Militärdiktatur beigetragen hatten.

Die scharfe Hetze gegen „linke Politik“ und gegen die sozialdemokratische Arbeiterpartei (PT) in den dominierenden Medien und die Gewaltakte gegenüber „Linken“ oder anderen „Verdächtigten“, die in über 50 Morde an Linken, Indigenen und Homosexuellen gipfelten, lassen Schlimmes befürchten....

Konkret sind folgende Maßnahmen zu erwarten:

- Im Rahmen von „Antiterror“-Gesetzen sollen bestimmte soziale Bewegungen, vor allem diejenigen der landlosen ArbeiterInnen oder von Wohnungslosen verboten werden (MST, MTST). Diese Verbote werden womöglich auf linke Organisationen und Gewerkschaften ausgeweitet werden.
- Sonderrechte bestimmter Polizeieinheiten, die Folter und willkürliche Erschießungen erlauben.
- Ausweitung neo-liberaler „Reformen“ bei Rente und Arbeitsrecht, sowie Privatisierung des staatlichen Erdölkonzerns Petrobras.
- Beseitigung wesentlicher Umweltauflagen durch die Schwächung des Umweltministeriums und bedingungslose Unterstützung des Agro-Business.
- Umgestaltung von Lehr- und Studienplänen durch eine „Bildungsrevolution“ unter Kontrolle evangelikaler Kirchen. Unter anderem soll Genderforschung abgeschafft werden.
- Angriffe auf die Rechte von Frauen und LGBT-Menschen, Stärkung reaktionärer Geschlechterrollen – einschließlich einer Verharmlosung sexistischer Übergriffe und Gewalt, der schon jetzt jährlich tausende Frauen und sexuell Unterdrückte zum Opfer fallen.
- Kritische Presseorgane, wie die bekannteste liberale Zeitung des Landes, die „Folha de Sao Paulo“ werden mit Anzeigenboykotts und Ausschluss von Pressekonferenzen bedroht, weil sie es gewagt hatten, illegale Spendenpraktiken des Bolsonaro-Wahlkampfes aufzudecken.

Angesichts dieser massiven Bedrohungen von Demokratie, Menschen- und Gewerkschaftsrechten ist es besonders empörend, dass führende Vertreter deutscher Unternehmen in Brasilien ihre volle Unterstützung für diese rechtsextremistische Politik erklärt haben.

Einerseits spielen deutsche Investitionen eine bedeutende Rolle in Brasilien. Die über 12.000 deutschen Unternehmen verantworten bis zu 10% des BIP.....Umso empörender ist es, dass ein Vorstandsmitglied des **VW-Konzerns**, der Nutzfahrzeugspartenchef Andreas Renschler sich positiv zur Perspektive der Machtübernahme von Bolsonaro geäußert hat (Der Spiegel, 2.11.2018, „Stramm nach rechts“). Auch der **Vorsitzende der deutsch-brasilianischen Außenhandelskammer**, Wolfram Anders, hatte Bolsonaro schon im Wahlkampf unterstützt, um „venezuelanische Verhältnisse“ zu verhindern (ebd.). Als Bolsonaro vor der einflussreichen Wirtschaftsvereinigung von Sao Paulo seine Hasstiraden auf seine politischen Gegner losließ, erhielt er dort stehende Ovationen – ein beträchtlicher Teil der dortigen Vertreter wird von deutschen Unternehmen entsandt. Roberto Cortes, Chef von VW Trucks and Busses in Brasilien und Philipp Schiemer, Präsident von **Mercedes-Benz** in Brasilien, stellten sich öffentlich lobend hinter Bolsonaro (Neue Züricher Zeitung, 14.11. „Keine Angst bei Unternehmen“). Nicht nur aus der Industrie kam Unterstützung für den rechtsextremen Kurs von Bolsonaro. Auch die „**Deutsche Bank**“ und in ihrem Gefolge die „**Commerzbank**“ hatten in ihren Tweets zur Wahl betont, dass Bolsonaro der „Wunsch kandidat der Märkte“ sei (Frankfurter Rundschau, 25.11., <http://www.fr.de/kultur/netz-tv-kritik-medien/netz/jair-bolsonaro-deutsche-bank-nennt-bolsonaro-wunsch-kandidat-der-maerkte-a-1610928>).

All dies zeigt: deutsche Unternehmen sind eine wesentliche Stütze für einen rechtsextremen Politiker, von dem Maßnahmen zu erwarten sind, die stark an eine faschistische Diktatur erinnern. ...Alle, die wir Kontakte mit brasilianischen Gewerkschaftskolleginnen und -kollegen hatten oder sich mit der dortigen Situation beschäftigt haben, müssen befürchten, dass erneut diese Kolleginnen und Kollegen Opfer von staatlicher Willkür werden oder gar ermordet werden. Brasilien war über fast dreißig Jahre Schauplatz und Beispiel für eine wachsende Gewerkschaftsbewegung, ohne die alle demokratischen Veränderungen und Fortschritte undenkbar gewesen wären. Diese Solidarität muss gerade jetzt verstärkt werden!

Wir fordern von der IG Metall, von ver.di und dem DGB

- sofortige, entschiedene Positionierung gegen die Unterstützung von VW, Daimler, der Deutschen Bank und anderen deutschen Unternehmen oder deren Sprecher in Brasilien für den rechtsextremen Jair Bolsonaro!
- wirksame und spürbare Unterstützung für die brasilianischen Gewerkschaften, insbesondere in ihrem Kampf gegen die Rentenreform und gegen die Privatisierung von Petrobras! Protestaktionen und Streiks der brasilianischen KollegInnen müssen durch entsprechende Solidaritätsaktionen unterstützt werden!
- die zu erwartenden anti-demokratischen, menschenverachtenden Maßnahmen der Bolsonaro-Regierung mit Boykottaufrufen und Sanktionsmaßnahmen zu beantworten! Insbesondere muss die sofortige Freilassung des widerrechtlich in Gefangenschaft gehaltenen Lula da Silva ein Ziel der internationalen Gewerkschaftsbewegung werden! Als GewerkschafterInnen aus Deutschland unterstützen wir die Kampagne „Lula Livre“ (Freiheit für Lula!) und fordern den DGB zur Teilnahme an dieser Bewegung auf!
- die internationalen Proteste gegen die Amtseinführung vom Bolsonaro im Januar zu unterstützen und sich daran zu beteiligen!

Den kompletten Text der Unterschriftensammlung sowie die ErstunterzeichnerInnen gibt es hier:

<http://www.labournet.de/?p=141110>

Wer unterzeichnen möchte, bitte eine Mail an:

matthias.fritz.stuttgart@t-online.de

unter Angabe von Gewerkschaft und Funktionen

Impressum: Sekretariat

Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken

Klaus Peter Löwen, Christa Hourani, Christiaan Boissevain

E-Mail: forum@gegewi.de

Redaktionsschluss: 15. Dezember 2018